

Nachrichten > Netzwelt > Netzpolitik > WhatsApp > Entschlüsselungszwang für WhatsApp: Offener Brief ans Bundesinnenministerium

### Entschlüsselungszwang für WhatsApp

## "Geplanter Eingriff hätte fatale Konsequenzen"

Das Innenministerium will WhatsApp, Apple und andere zwingen, Chats für die Polizei zu entschlüsseln. Mehr als hundert Forscher, Informatiker, Bürgerrechtler und Verbände verweisen auf die Gegenargumente.



Von *Patrick Beuth* ▼



Wolfram Kastl/DPA

Instant Messenger wie Threema, Signal, WhatsApp und Apples iMessages stellen eine Hürde für Strafverfolger dar - ebenso wie für Kriminelle.

Dienstag, **11.06.2019** 15:07 Uhr

[Drucken](#) [Nutzungsrechte](#) [Feedback](#) [Kommentieren](#)

Mehr als hundert Organisationen und Personen haben einen offenen Brief an das Bundesinnenministerium (BMI) unterzeichnet, in dem sie eindringlich vor einem Entschlüsselungszwang für die Anbieter von Messenger-Apps wie [WhatsApp](#), Threema und Signal warnen. Sie fordern darin "eine sofortige Abkehr von diesem oder ähnlichen politischen Vorhaben auf deutscher wie europäischer Ebene". [Das Dokument](#) wurde am Dienstag veröffentlicht und lag dem SPIEGEL vorab vor. Überschriften ist es mit der Zeile "Geplanter Eingriff in Verschlüsselung von Messengerdiensten hätte fatale Konsequenzen".



Landesbeauftragte für den Datenschutz, Marit Hansen, Wolfgang Kleinwächter von der Global Commission on Stability in Cyberspace, der Erfinder der PGP-Verschlüsselung, Phil Zimmermann, der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMV), der eco Verband der Internetwirtschaft, Human Rights Watch, Reporter ohne Grenzen, Wikimedia Deutschland sowie diverse Wissenschaftler, Informatiker und Bürgerrechtler.

### **App-Anbieter müssten mit Sperrung in Deutschland rechnen**

Wie [der SPIEGEL berichtete](#) und die "Süddeutsche Zeitung" später bestätigte, arbeitet das BMI an einem Gesetzentwurf, der die App-Anbieter zwingen würde, auf richterlichen Beschluss hin die Kommunikation einzelner verdächtiger Nutzer entschlüsselt an die Sicherheitsbehörden zu übergeben.

Strafverfolger halten das für nötig, weil sie die Kommunikation von Kriminellen oder Verdächtigen über diese Apps nicht so überwachen können wie noch klassische Telefonate oder SMS. Die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung der Apps erlaubt es nur Sendern und Empfängern, den Inhalt einer Nachricht zu entschlüsseln, auch die Betreiber bleiben außen vor. Das vom BMI gewünschte Gesetz würde die Unternehmen - darunter auch [Apple](#) und [Facebook](#) - vor die Wahl stellen, ihre Systeme so umzubauen, dass es keine echte Ende-zu-Ende-Verschlüsselung mehr wäre, oder ihre Apps in Deutschland nicht länger anbieten zu können.

Die Unterzeichner des offenen Briefs halten den Plan aus mehreren Gründen für brandgefährlich: "Die vorgeschlagene Reform würde das Sicherheitsniveau von Millionen deutscher Internetnutzer schlagartig senken, neue Einfallstore für ausländische Nachrichtendienste und Internetkriminelle schaffen sowie das internationale Ansehen Deutschlands als führender Standort für eine sichere und Datenschutz-orientierte Digitalwirtschaft massiv beschädigen".

### **"Nachhaltig negative" Auswirkungen**

Der erforderliche Umbau der Messenger würde zur Schaffung eines "single point of failure" führen, einem für Geheimdienste und Kriminelle besonders attraktiven Ziel, weil mit einem Schlag alle Nutzer einer App überwacht werden könnten. Außerdem erhöhe sich das Missbrauchspotenzial, weil Mitarbeiter der App-Anbieter unter Umständen Einsicht in die Kommunikation ihrer Kunden bekämen.

Weil die veränderten Apps per Update auf die Geräte aller Nutzer geladen werden müssten, würde das zu einem massiven [Vertrauensverlust der Verbraucher](#) in Sicherheitsupdates führen "und sich damit nachhaltig negativ auf die IT-Sicherheit in Deutschland auswirken". Der Standort Deutschland für die IT-Sicherheitsindustrie würde sogar "als Ganzes geschwächt werden, was den industriepolitischen Zielen Deutschlands und Europas direkt widerspricht".

### **Empirische Belege für Behauptungen der Polizei fehlen**

Auch an die Vorbildfunktion Deutschlands erinnern die Unterzeichner: Würde die Bundesregierung eine echte Ende-zu-Ende-Verschlüsselung effektiv verbannen, würden sich das autoritäre Staaten zum Vorbild nehmen.



Jahre mehr Daten zur Verfügung als je zuvor. Aber sie würden kaum dokumentieren, in wie vielen Fällen "verschlüsselte Kommunikation tatsächlich zu einem Erliegen von Ermittlungen geführt hat".

Die Unterzeichner fordern das Wirtschaftsministerium, das Justizministerium, das Auswärtige Amt sowie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) auf, offiziell zu dem Plan des BMI Stellung zu beziehen - in der Annahme, von dort weitere Unterstützung für ihr Anliegen zu bekommen.

 [Zur Startseite](#)

Diesen Artikel...

[Drucken](#) | [Feedback](#) | [Nutzungsrechte](#)

## Verwandte Artikel

**Entschlüsselungszwang für WhatsApp:** Hände weg vom Chat-Geheimnis (25.05.2019)

**plus -:** Seehofer greift WhatsApp an

## Mehr im Internet

**Offener Brief ans BMI**

SPIEGEL ONLINE ist nicht verantwortlich für die Inhalte externer Internetseiten.

## Mehr zum Thema

[WhatsApp](#) [Bundesinnenministerium](#) [Kryptografie](#)

[Alle Themenseiten](#)

ANZEIGE



15€ für Neukunden

10% Tchibo Gutscheine



[Top Gutscheine](#)

[Alle Shops](#)

**Forum** >



**Diskutieren Sie über diesen Artikel**

insgesamt 81 Beiträge



**okrogl** heute, 15:23 Uhr

### 1. Argumente?

Die interessieren in der CDU niemanden, dies hat man letztens erst bei Voss und Artikel 13 gesehen. Gegen jede Vernunft wird das durchgeboxt, was Interessenvertreter verlangen. Nach Merkel geht diese "Strategie" nahtlos [...]



**isi-dor** heute, 15:25 Uhr

### 2.

Man muss befürchten, dass es dem big state gar nicht um Verbrechensbekämpfung geht, sondern um die anlasslose Totalüberwachung seiner Bürger. Mit einer Durchforstung der Kommunikation aller soll nach angeblichen Kriminellen [...]



**WeiterdenkenSollteMan** heute, 15:28 Uhr

### 3.

Die normalen Leute wären mal wieder die dummen, denn jeder kriminelle würde sich seine Messenger-App einfach nicht mehr aus dem Playstore installieren, sondern manuell die Version (z.B. aus den USA) in der die Verschlüsselung [...]



**ursusbernensis** heute, 15:29 Uhr

### 4. orwell lässt grüssen

erst wird der nahe osten als dankbares waffentestgelände "demokratisiert", die kosten mit der plünderung fossiler reserven bezahlt und die bevölkerung als kollateralschaden betrachtet. tragen dann wenige den terror zu [...]



**dr.w** heute, 15:30 Uhr

### 5. glaubten denn...

irgendeiner hier, daß sich die Bundesregierung von vernünftigen Argumenten beeindrucken läßt? die war doch schon immer beratungsresistent - sowohl als einzelne Person und Partei als auch als Gesamtheit der Regierung! und mit [...]



Alle Kommentare öffnen

Seite 1 von 17

## Ihr Kommentar zum Thema

Bitte melden Sie sich an, um zu kommentieren.

[Anmelden](#) | [Registrieren](#)

Das SPON-Forum: So wollen wir debattieren

Überschrift

optional

Beitrag



Kommentar senden

© SPIEGEL ONLINE 2019

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung

[^ TOP](#)

## Serviceangebote von SPIEGEL-ONLINE-Partnern

### AUTO

Benzinpreis  
Bußgeldrechner  
Firmenwagenrechner

### JOB

Brutto-Netto-Rechner  
Uni-Tools  
Jobsuche

### FINANZEN

Währungsrechner  
Versicherungen

### FREIZEIT

Eurojackpot  
Lottozahlen  
Glücksspirale

Sportwetten  
Gutscheine  
Bücher bestellen

Arztsuche  
Ferientermine  
Spiele

### SPIEGEL GRUPPE

Abo - Shop - bento - manager magazin - Harvard Business Manager - buchreport - Werbung - Jobs - Planestream

DER SPIEGEL

SPIEGEL WISSEN

Dein SPIEGEL

SPIEGEL GESCHICHTE

SPIEGEL COACHING



